

STORY DES TAGES

„Trump sabotiert Amerikas Wirtschaft“

US-Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz über die Angriffe der US-Regierung auf die Hochschulen, Europas Chancen auf einen umgekehrten „Braindrain“ und die Frage, warum Donald Trump Amerikas Vorreiterrolle in der Wirtschaft gefährdet.

Professor Stiglitz, einen früheren Chefökonom der Weltbank und Nobelpreisträger wie Sie könnten wir gut als Professor an einer deutschen Uni gebrauchen. Wie locken wir Sie am besten an die Ruhr-Uni oder nach Halle-Wittenberg?

Für mich selbst stellt sich die Frage wohl nicht mehr (lacht). Aber wo Sie recht haben: In den USA sind Forscher gerade unter Druck, weil die akademische Freiheit von der Trump-Regierung angegriffen wird. Frei forschen zu können, ist aber ein wesentlicher Faktor, um Spitzenleute anzulocken. Deutschland hat sicher Chancen, wenn es das bietet - und vielleicht etwas mehr Ressourcen.

Klar: Die Gehälter hier sind zu niedrig. Ich meinte Ressourcen für die Forschung. Aber stimmt, auch die Gehälter in der Spitzenforschung sind in den meisten europäischen Ländern niedriger als in den USA - wenn auch nicht in allen.

Die Lage in den USA spitzt sich gerade zu: Die Regierung kürzt den Unis das Geld für Forschung, die ihr nicht passt - etwa zum Klimawandel - und will politische Vorgaben durchsetzen, darunter den Rauswurf ausländischer Studenten. Mehrere europäische Regierungen werben bereits um die Akademiker aus den USA und aller Welt. In Deutschland will Vizekanzler und Finanzminister Lars Klingbeil sogar Teile der neuen Kredite verwenden, um sie abzuwerben. Hat er Chancen?

Nun, die Vereinigten Staaten haben enorm von dem „Braindrain“ profitiert, der in den 1930er-Jahren und während des Zweiten Weltkriegs viele Europäer in die USA führte. Das war die Grundlage der heutigen amerikanischen Wissenschaft. Ich erwarte nun einen umgekehrten „Braindrain“: aus Amerika nach Europa. Mit eingeschränkter akademischer Freiheit, die Trump will, kann in der Wissenschaft nichts gelingen.

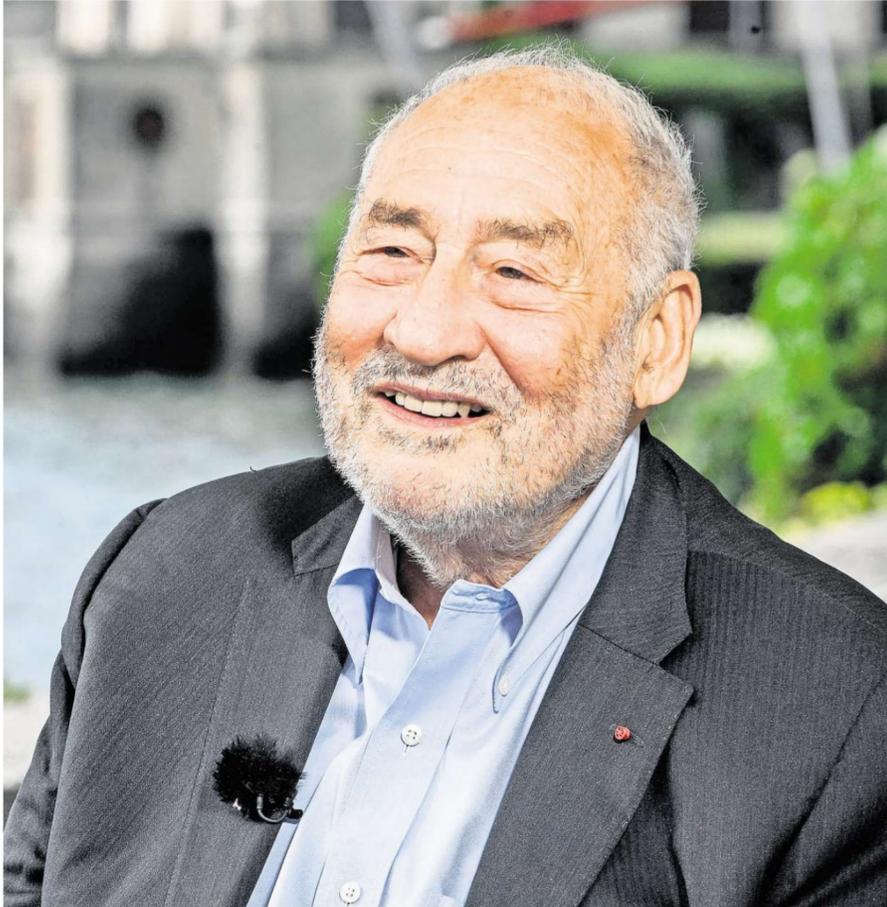
Die Elite-Uni Harvard wehrt sich gerade gerichtlich gegen Trumps Versuch, ihr die Aufnahme ausländischer Studenten zu verbieten. Für Sie war das ein Angriff auf alle US-Hochschulen. Warum?

Indem Trump Harvard angreift, will er zeigen, dass er die stärkste, prominenteste Universität der USA zerstören kann - um auch alle anderen einzuschüchtern. Die Regierung hat Forderungen an die Uni gestellt, die deren Autonomie völlig untergraben würden. Harvard leistet zu Recht Widerstand. Es gibt keine Rechtfertigung für Trumps Vorgehen.

Auch auf Ihre Universität, die Columbia University in New York, wurde schon Druck ausgeübt. Ja, Trump beschuldigt die Columbia, die Bürgerrechte zu verletzen - weil sie jüdische Studenten angeblich nicht genug schützt. Aber ich unterrichte seit 25 Jahren dort und bin selbst jüdisch. Ich habe nie Diskriminierung erlebt. Wenn es in der aktuell aufgeheizten Debatte zu explizit antisemitischen Vorfällen kommt, geht die Universität dagegen vor.

Es gibt aber jüdische Studenten in den USA, die sich wegen antisemitischer Angriffe nicht mehr zur Uni trauen. Sorgt Sie das nicht? Unis sind ein Umfeld freier Meinungsäußerung, da kommt es vor, dass Dinge gesagt werden, die anderen unangenehm sind. Viele Studenten und Dozenten sehen das Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza kritisch. Es gibt Studenten, die sich unwohl fühlen, wenn diese Kritik sehr heftig geäußert wird. Aber in den USA ist höchststrichterlich entschieden, dass das der Preis der Meinungsfreiheit ist - solange niemand bedroht wird. Und das gewährleisten die Unis, so gut es geht.

Warum geht Trump in Wahrheit gegen sie vor?



Erwartet nun einen umgekehrten „Braindrain“ aus Amerika nach Europa: Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz.

FOTO: IMAGO/NICOLA MARFISI

Autoritäre Figuren greifen immer zuerst die Presse und Organisationen wie Hochschulen an. Von da kommt Kritik, wenn gegen grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats verstoßen oder eine Politik den Wohlstand gefährdet. Es sind die Kontrollmechanismen der Gesellschaft, und ohne freie Forschung und Recherche können Presse- und Meinungsfreiheit nicht wirken. Allerdings ist noch keine Regierung in den Vereinigten Staaten je so weit gegangen wie Trumps - die McCarthy-Ara eingeschlossen.

Es heißt, ohne die Gebühren ausländischer Studenten fehlen Harvard wichtige Einnahmen. Trump greift die privaten Unis also wirtschaftlich an. Müssen sich also auch andere US-Unternehmen Sorgen? Auf jeden Fall. Wobei die Einnahmen aus Gebühren ausländischer Studenten für so wohlhabende Unis wie Harvard zweitrangig sind und eher ins Stiftungsvermögen fließen, Harvard bietet den meisten seiner Studenten eine fast kostenlose Ausbildung. Die Studiengebühren decken nur einen Bruchteil der Gesamtkosten. Selbst die Elite-Unis sind keine Wirtschaftsunternehmen, es gibt sie wegen des Bildungsauftrags.

Wieso müssen sich die US-Unternehmen dann Sorgen? Ganz einfach: Was die USA seit dem Zweiten Weltkrieg auszeichnet, ist unsere Technologieführerschaft. Und die basiert auf unseren Universitäten - sowohl durch die Ausbildung, als auch durch die Forschung. Indem er sie sabotiert, schießt er den Vereinigten Staaten ins Knie.

Profitieren umgekehrt auch die Unis von der Privatwirtschaft? Hier in

Deutschland sieht man Modelle wie Sponsoring von Unis ja eher skeptisch. Oh, in Amerika profitieren beide Seiten von verschiedensten Kooperationen. Was meinen Sie, warum das Silicon Valley dort ist, wo es ist? Wegen Stanford und Berkeley nebenan. Rund um Harvard gibt es eine blühende Biomedizin-Community, in New York haben die Columbia, NYU und Cornell ein echtes Wissenschaftszentrum entstehen lassen, das für die Zukunft der US-Wirtschaft viel wichtiger ist als die alte, sagen wir, Textilindustrie. Sie sehen die Ironie?

Sie spielen auf Trumps Handelszölle an, mit der er die Fabrikjobs zurückholen will? Genau. Trump macht das Handelsdefizit zu einer zentralen Säule seiner Agenda. Er hat sogar einen Handelskrieg mit China angekündigt, den China gewinnen dürfte - weil es größere Ressourcen hat und in den USA die alte Industrie nicht so schnell wieder aufgebaut wer-

den kann. Außerdem erledigen sowieso bald Roboter solche Arbeit. Ich habe gerade eine Autofabrik in China besucht, da waren schon jetzt die Hälfte der Arbeiter Ingenieure in der Forschung.

Und die Ironie, die Sie sehen, ist: China investiert in Forschung, und Trump schwächt sie in den USA? Ja! Wir exportieren erfolgreich Forschung, Bildung und Bildungsdienstleistungen. Mit seinem Vorgehen gegen Harvard hat Trump offiziell verkündet, dass wir aus diesem Geschäft aussteigen. Oder nehmen Sie den Tourismus: Die meisten Kanadier und viele Europäer wollen nicht mehr in die USA reisen. Trump tötet die Tourismusbranche, eine wichtige Exportindustrie. Er wird das Handelsdefizit massiv verschlimmern.

Sie kritisieren, dass Trumps Handels- und Wirtschaftspolitik auf völlig falschen Annahmen beruht. Seinen Beratern empfehlen Sie, Ihren Grundkurs in Volkswirtschaft zu belegen.

Wenn sich eine Regierung so von den Fakten abkoppeln kann, zeigt das eine Schwäche der Demokratie?

Normalerweise haben wir viele Kontrollmechanismen: den Kongress, die Gerichte - und den Wunsch, wiedergewählt zu werden. Die Inflation, die die USA durchliefen, war ein wichtiger Grund für Trumps Wahlsieg. Dass er sie nun mit den Zöllen weiter anheizt, ist da überraschend. Er versucht, die Firmen einzuschüchtern: Erhöht eure Preise nicht - oder sagt den Kunden zumindest nicht, warum! Sonst stellt euch der Präsident an den Pranger! Er bricht viele demokratische Normen. Offenbar glaubt er nicht, dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das besorgt mich. Was droht uns bei den Zwischenwahlen 2026, den Präsidentschaftswahlen 2028? Sind die USA auf dem Weg zum Autoritarismus?

In Ihrem neuen Buch „Der Weg zur Freiheit“ beschreiben Sie, dass die Globalisierung der letzten Jahrzehnte die Ungleichheit in den USA verschärft hat und sich deshalb viele Wähler die Rettung durch Trump erhofften ...

Tatsächlich wirkt er gerade die Globalisierung des bisherigen Stils über den Haufen. Er verhängt Zölle, betont die Bedeutung von Grenzen, hält nichts aus Völkerrecht und bricht überall internationales Wirtschaftsrecht.

Aber auch Sie schreiben ja, dass die Globalisierung mehr Probleme geschaffen als gelöst hat: in den USA der Verlust von Arbeitsplätzen, in Europa die Abhängigkeit von Diktaturen wie China und Russland.

Ja, die neoliberale Globalisierung kam vor allem multinationalen Unternehmen und Finanzinstitutionen zugute. Ich betone aber seit Jahren, dass das Problem nicht die Globalisierung selbst war, sondern wie sie betrieben wurde. Mit gezielter Regulierung hätten wir - vor Trump - diese Extreme besänftigen können, ohne die Vorteile globaler Zusammenarbeit einzubüßen.

Was hätte man ändern müssen, um das zu vermeiden?

Die Politik hätte der wachsenden Ungleichheit entgegensteuern müssen, in den USA und international. Ich wünsche mir einen „progressiven Kapitalismus“, der sieht, dass die Freiheit der Märkte die Freiheiten aller beeinträchtigt. Denken Sie nur an die Finanzkrise 2008! Außerdem brauchen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik: Wo der Strukturwandel zu Abhängigkeiten vom Ausland und zu Arbeitslosigkeit führt, muss der Staat neue Jobs schaffen, durch Förderung neuer Firmen, aber auch in staatlichen Institutionen. Wichtig ist: Weder innerhalb einzelner Länder noch auf dem Weltmarkt darf sich wirtschaftliche Macht übermäßig ballen.

Also ist es richtig, sich von China zu lösen, wie Trump es will?

Ich finde den Ansatz in Europa besser: Risiken minimieren, statt sich komplett abzukoppeln und Handelskriege zu führen. Aber auch Europa hat sich bisher in einseitige Abhängigkeiten begeben. Ich habe schon 2006 in meinem Buch „Die Chancen der Globalisierung“ gewarnt, dass Europa zu stark von russischem Gas abhängig ist. Das war 15 Jahre, bevor Russland seine Gaslieferungen erst reduziert und dann eingestellt hat.

Angela Merkel hat Ihr Buch nicht gelesen.

Offensichtlich nicht. Wir haben die Globalisierung jedenfalls schlecht gesteuert. Spätestens aus der Corona-Pandemie mit den Lieferengpässen und aus dem russischen Einmarsch in die Ukraine müssen wir jetzt die richtigen Lektionen lernen. Wir müssen die Globalisierung reformieren, um die Vorteile eines globalen Handels zu bewahren - aber die Risiken für nationale Märkte zu senken.

Interview: Steven Geyer

Ohne freie Forschung und Recherche können Presse- und Meinungsfreiheit nicht wirken.

Was droht uns bei den Zwischenwahlen 2026, den Präsidentschaftswahlen 2028? Sind die USA auf dem Weg zum Autoritarismus?

Zur Person

Joseph E. Stiglitz, geboren 1943 im US-Bundesstaat Indiana, gehört zu den einflussreichsten Ökonomen unserer Zeit. Im Jahr 2001 wurde er mit dem Nobelpreis für Wirtschaft auszeichnet. Bis heute als Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Columbia-Universität in New York aktiv, lehrte er zuvor in Yale, Stanford,



Oxford und Princeton. Er beriet die Regierung von US-Präsident Bill

Clinton und war in den Jahren 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank. Stiglitz hält über 40 Ehrendokortitel aus aller Welt, darunter auch von Harvard, und ist Autor zahlreicher Sachbuch-Bestseller. Sein neues Buch „Der Weg zur Freiheit. Ökonom für eine gerechte Gesellschaft“ ist im Siedler-Verlag erschienen (geb., 480 S., 28 Euro).